

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of a map of Europe.

Gender als politisches Projekt:

Wie bitte geht's zur Geschlechtergerechtigkeit?

CHRISTA WICHTERICH

Februar 2010

- Obwohl in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit gemacht wurden, schwächeln Frauenbewegungen weltweit.
- Die zunehmende Reduktion von Genderfragen auf methodische Aspekte hat ein eigentlich politisches Projekt, bei dem die Umverteilung von Macht und Ressourcen im Zentrum steht, seiner intellektuellen Sprengkraft beraubt.
- Um das Gender-Konzept zu repolitisieren, muss der Blick der Protagonistinnen und Protagonisten der Frauenbewegung der Vielfalt von Frauen- und Männeridentitäten Rechnung tragen und neue Allianzen mit sozialen Bewegungen eingehen. Denn Ziel ist nicht die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Armut, sondern die Überwindung der Armut für alle.

Vor 30 Jahren wurde die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) verabschiedet, vor 15 Jahren die Aktionsplattform von Peking bei der 4. Weltfrauenkonferenz. Seitdem konnten in vielen Ländern bedeutende gleichstellungspolitische Fortschritte erzielt werden. So stieg die Erwerbsbeteiligung von Frauen, sie bekamen besseren Zugang zu Bildung und waren in Politik, Medien und anderen öffentlichen Bereichen auf dem Vormarsch. Dazu kamen Verbesserungen auf der gesetzlichen Ebene und eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen. Dies bedeutet jedoch keineswegs Geschlechtergleichheit, ein Ende von Diskriminierung und Gewalt oder eine entscheidende Umverteilung von Macht, Ressourcen und Rechten. Die globalen Krisen höhlen Erreichtes aus und in einigen Bereichen droht ein *Rollback*.

Ausschluss, Diskriminierung oder Gewalt aufgrund des Geschlechts sind Menschenrechtsverletzungen und zeigen Gerechtigkeits- und Demokratiedefizite an. Solange solche Geschlechterungleichheiten andauern, besteht politischer Handlungsbedarf: Das Projekt der Frauenemanzipation und der Geschlechtergerechtigkeit muss auf der gesellschaftspolitischen Agenda bleiben.

In der Entwicklungszusammenarbeit ist es seit langem ein Allgemeinplatz, dass Geschlechtergleichheit ein entwicklungspolitisches Ziel an sich ist und dass alle Politik auf Männer und Frauen unterschiedlich wirkt. Die beiden oben genannten UN-Dokumente sind immer noch wichtige Anknüpfungspunkte und Berufungsgrundlagen für Frauen- und Genderpolitik weltweit. Doch die geschlechterpolitische Gemengelage ist auf nationaler und internationaler Ebene höchst unübersichtlich. Nach diversen Konjunkturen von Frauenförderung bis zum *Gender Mainstreaming* hat sich in der Entwicklungszusammenarbeit eine Gendermüdigkeit breitgemacht. Frauenbewegungen schwächeln in vielen Ländern, sind erschöpft oder zersplittert. Gleichzeitig melden sich junge Frauen und Männer mit neuen feministischen, geschlechter- und *queer*-politischen Ansätzen zu Wort. Auch betonen die Weltbank, das Weltwirtschaftsforum und die EU aus wachstumspolitischer Perspektive immer wieder, dass kein Land, das international wettbewerbsfähig sein will, auf Gleichstellung und Partizipation seines weiblichen »Human- und Sozialkapitals« verzichten kann.

Aufgrund der vielfältigen Veränderungen in den Geschlechterrollen und den Lebenssituationen von Frauen,

in den politischen Rahmenbedingungen und den Zivilgesellschaften, herrscht bei den AkteurInnen von Frauen- und Geschlechterpolitik verbreitet Unsicherheit, wie das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in Zukunft strategisch umgesetzt werden kann.

Wie jedes andere politische Projekt braucht auch das Projekt der Geschlechtergerechtigkeit Instrumente und Strategien, um in Politik, Wirtschaft, Entwicklungsprozesse und Institutionen eingreifen zu können. Das politische Projekt ist gleichzeitig auch ein technisches Projekt, wobei beide Seiten im Gleichgewicht stehen müssen: Das Handwerkszeug ist Mittel zum politischen Zweck und muss jeweils angepasst und neu justiert werden, um eingriffs- und wirkmächtig zu sein.

Der Handwerks- und Konzeptkasten

Seit den 1970er Jahren ist gerade in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in rascher Folge von Moden und Konjunkturen eine Palette von frauen- und geschlechterpolitischen Ansätzen, Instrumenten und Strategien erprobt und gelobt, kritisiert und verteufelt worden. Jeder neue Ansatz reagierte auf die Defizite vorhergehender Konzepte und Methoden. Geschlechtergerechte EZ hat sich von der anfänglichen Fokussierung auf die Zielgruppe Frauen ausgedehnt auf alle Personen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Präferenz diskriminiert und ausgeschlossen werden. Dabei muss mitbedacht werden, dass sich die soziale Kategorie »Geschlecht« als ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das soziale Ungleichheiten begründet und erzeugt, mit anderen Kategorien sozialer Ungleichheit wie Klasse, Ethnie, Migrationshintergrund, Alter etc. überschneidet und in Wechselwirkung steht.

Das folgende Mini-Glossar gibt einen chronologischen Überblick über die wichtigsten Etappen und Ansätze von Frauen- und Geschlechterpolitik in der EZ. In der Praxis jedoch sind diese nicht trennscharf gegeneinander abgrenzbar. Die Jahreszahlen stehen für die Hochkonjunktur des jeweiligen Ansatzes.

- *Women in Development* (WID), Frauenförderung (1970er Jahre): Projekte und Maßnahmen, die sich gezielt an Frauen richten, um ihre Rolle in der Entwicklung »sichtbar« zu machen, Diskriminierung und spezielle Probleme zu beseitigen, ihre Lebenssituation zu verbes-

sern und ihre Teilhabe an modernen Entwicklungssektoren jenseits der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu sichern.

- *Empowerment* (1980er Jahre): Befähigung einer machtschwachen Gruppe zu handeln, eigene Interessen zu artikulieren und bestehende Machtverhältnisse zu verändern. Das Konzept kommt aus der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der radikalen Gemeinwesen- und Gewerkschaftsarbeit in den USA. Seit der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 liegt der Fokus auf *Self-Empowerment* von Frauen durch Organisierung. Die Machtlosigkeit von Frauen wird im Kontext gesellschaftlicher und Nord-Süd-Machtbeziehungen gesehen. *Empowerment* zielt – über Geschlechtergleichheit hinaus – auf ein gerechteres Entwicklungsmodell. Der Begriff avancierte zum Modewort in allen politischen Institutionen. Seine systemkritische Bedeutung geriet dabei zunehmend in Vergessenheit. *Empowerment* wurde somit auf individuelle Stärkung und Gleichstellung reduziert.

- *Gender in Development* (GAD), Genderansatz (Ende 1980er Jahre): Durch Genderanalyse werden die strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit ins Zentrum gerückt. Maßnahmen des *Empowerment* und der Beseitigung von Diskriminierung zielen auf eine Veränderung von Gendernormen, Genderrollen und der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern.

- Frauen-/Menschenrechtsansatz (Anfang 1990er Jahre): Menschenrechte sind Frauenrechte, Frauenrechte sind Menschenrechte! Das Konzept nimmt Bezug auf das universelle Menschenrechtsparadigma der UN, ist eine Methode, um Rechtsverletzungen öffentlich zu machen und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Dies bedeutet einen Perspektivenwechsel a) von Bedürfnissen zu Rechten, und b) von Opfern und Hilfeempfängern zu Rechts- und Handlungsobjekten.

- *Gender Mainstreaming* (Anfang der 1990er Jahre): Integration eines Genderansatzes, d.h. unterschiedliche Betroffenheit, Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen und Männern werden in allen Politiken, Ressorts, Themen, Sektoren etc. berücksichtigt. Es handelt sich um eine in Institutionen *top-down* angewandte Methode, die darauf abzielt, das Nischendasein von Frauenthemata zu überwinden, Männer zu involvieren und Gender zum integralen Querschnittsbestandteil von politischen und institutionellen Prozessen zu machen.

- Männerarbeit (Ende der 1990er Jahre): Gezielte Maßnahmen und Trainings für Männer, in denen maskuline Rollen hinterfragt werden – insbesondere im Kontext von Gewalt und HIV/AIDS – und neue Rollen eingeübt werden, um der verbreiteten Krise der »Ernährer« entgegen zu wirken. In diesen Bereich fällt auch die Jungenförderung, die darauf abzielt Bildungsdefizite – wie sie beispielsweise die PISA-Studie zu Tage gefördert hat – auszugleichen.

- *Diversity*-Ansatz (Anfang 2000er): Managementansatz, der die Vielfalt von Kapazitäten aufgrund von Geschlechter- und anderer Unterschiede in Unternehmen und Verwaltungen nutzt, um Synergien und Kreativität zu erzeugen. Der Fokus liegt auf sozialer Kohärenz, Effizienz und Funktionstüchtigkeit der Institutionen, nicht auf Veränderung.

- LGBT-Ansatz (*Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender*) und *Queer* (Anfang 2000er): Ausgehend von Judith Butlers Kritik an Heteronormativität und einem zweigeschlechtlichen Modell liegt der Fokus auf Subjektivitäten und Identitäten. *Queer* = non-konformistisch, dissident, widerständig gegen Normen und alle Dualismen, ein Konzept, um alle Herrschaftsformen und Gendernormen zu dekonstruieren und ihre Transformation anzustreben.

Der Methodenstreit in der Geschlechterpolitik

Die Aktionsplattform von Peking nannte das *Empowerment* von Frauen als Oberziel aller Maßnahmen, und verwies auf *Gender Mainstreaming* und Frauenförderung als Doppelstrategie, um dieses Ziel zu erreichen. Geschlechtergleichheit ist hier als politische Norm im Rahmen des Menschenrechtsparadigmas und im Rahmen sozialer Gerechtigkeit verankert.

Nach der Pekinger Konferenz wurde die Methode des *Gender Mainstreaming* als goldener Schlüssel zur Gleichstellung verabsolutiert und als höhere und modernere Entwicklungsstufe von Frauenpolitik missverstanden. Dabei war die *Mainstreaming*-Strategie als Ergänzung und nicht als Alternative zur Frauenförderung entwickelt worden.

Gezielte Frauenprojekte hatten Frauen und ihren Organisationen Anerkennung und Unterstützung verschafft.

Sie hatten aber weder zu einem Aufweichen von Geschlechterstereotypen und geschlechtshierarchischen Machtverhältnissen geführt noch Einfluss auf makropolitische und makro-ökonomische Strukturen genommen. Komplementär zur Frauenförderung sollte *Gender Mainstreaming* deshalb als Querschnittsaufgabe durch alle entwicklungspolitischen Programme und alle politischen Ressorts eine Geschlechtersensibilität institutionalisieren.

Der Boom organisatorischer Methoden, von Gendertechnologien und Qualitätsmanagement, die in der Folgezeit entwickelt wurden, führte zu einer starken Betonung der verfahrenstechnischen Seite im politischen Projekt der Geschlechtergerechtigkeit. *Gender Mainstreaming* in allen Institutionen erschien als Ziel an sich, während die geschlechterpolitischen Ziele – Veränderung von Machtverhältnissen, soziale Gerechtigkeit, Emanzipation – in den institutionellen und technischen Prozessen »verdunsteten«. Seit Anfang der 2000er Jahre wurde kritisiert, dass Gender zwar zunehmend in alle Programme und Politiken mit Hilfe von Checklisten und Indikatoren integriert wurde, ohne dass aber der institutionelle oder politische Rahmen – der *Mainstream*, der zunehmend durch die neoliberale Marktdoktrin bestimmt wurde – davon berührt wurde. Außerdem zog das *Gender Mainstreaming* Mittel von Frauenprojekten und Frauenorganisationen ab und führte in den Institutionen zur Auflösung von speziellen Frauen- und Genderstellen und Zuständigkeiten.

Wo bleibt die Solidarität?

Das politische Projekt der Geschlechtergerechtigkeit braucht AkteurInnen, die gesellschaftliche Verhandlungen oder Kämpfe mit frauen- und geschlechterpolitischen Zielen innerhalb wie außerhalb der etablierten Institutionen führen. Der emanzipatorische *Drive* der Frauenbewegungen und der frauenpolitische Druck der Basis, der die Institutionalisierung von Gleichstellungspolitik seit den 1970er Jahren vorangetrieben hatte, erlahmte. Eine *NGOisierung* der Bewegungen fand statt. Basis- und Selbsthilfeorganisationen von Frauen wandelten sich in Service- und *Advocacy*-Organisationen, die ihre Arbeit zunehmend spezialisierten und professionalisierten. Dabei vollzogen sie in Bezug auf die Politik eine Wende von der Konfrontation zur Kooperation, von *protest to proposal*.

In der Erfolgsdekade von Frauen- und Geschlechterpolitik, den 1990er Jahren, entstand eine Kooperation zwischen verschiedenen Akteurinnengruppen, die Alison Woodward »samtenes Dreieck von Geschlechterpolitik« nennt. Dieses Dreieck verbindet a) Aktivistinnen, Netzwerke und Frauenbewegungen, b) Wissenschaftlerinnen und Expertinnen, c) feministische Demokratinnen, Frauen in Politik und Parteien. Samtig, d.h. weich, ist dieses Dreieck im Unterschied zum eisernen Dreieck des Korporatismus, wie die Politikwissenschaft das Machtfeld von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften nennt, weil die Akteurinnen häufig zwischen den drei Lagern wechseln.

Frauenbewegungen und auch das samtene Dreieck beruhten ursprünglich auf einer strategischen Verschwisterung jenseits aller realen Differenzen und bestehenden Konflikte unter Frauen. Es existierte sozusagen eine »Wir Frauen«-Solidarität. Je vielfältiger Frauenzusammenhänge jedoch wurden, desto mehr gewannen unterschiedliche Identitäten und Identitätspolitiken gegenüber den Gemeinsamkeiten und der strategischen Einheit an Bedeutung. Gleichzeitig erschwerten wachsende soziale Ungleichheiten die Solidarisierung von Frauen.

Die Gendererschöpfung nach der Hochkonjunktur der 1990er Jahre und die Unzufriedenheit über die geringen Erfolge des *Gender Mainstreaming* führten zu Forderungen, dass emanzipatorische Frauen- und Geschlechterpolitik sich nach dem Boom von Methoden und Gendertechnologien erneut auf ihre feministischen Substanz, die Beseitigung von Ungleichheiten und die Kritik von Herrschaftsverhältnissen, besinnen muss. Nachdem jahrelang die technische Seite des Projekts Geschlechtergerechtigkeit betont wurde, besagt der Ruf nach Reradikalisierung, dass es an der Zeit ist, das Thema Geschlechtergerechtigkeit erneut zu politisieren und das politische und technische Projekt ins Gleichgewicht zu bringen.

Lessons Learnt

Geschlechtergerechtigkeit ist eine Voraussetzung für die Relevanz, die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit von EZ. Geschlechtergerechte EZ ruht auf den beiden Säulen, Politiken geschlechtergerecht auszurichten und den gesamten Projekt- und Programmzyklus – von der Problemanalyse über die zielorientierte Planung und die

Implementierungsphase bis zum *Monitoring* und Evaluieren – geschlechtersensibel zu gestalten. Welche technischen Instrumente, welche Methode oder welcher Strategiemix bei entwicklungspolitischen Interventionen auf der Makro- oder Mikroebene sinnvoll sind, hängt von der Genderanalyse des Problems, der Definition der geschlechterpolitischen Ziele und dem jeweiligen Handlungskontext, vor allem dem AkteurInnenfeld, ab. Es gibt kein verfahrenstechnisches Allheilmittel, keine standardisierte Methode, die immer und überall passt. Ausgehend von dem politischen Projekt der Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit müssen kontextabhängig Zweck und Mittel identifiziert werden.

Yes, we can

Für gesellschaftliche Auseinandersetzungen und geschlechtergerechte Politiken braucht Frauen- und Geschlechterpolitik geschlechterdifferenzierende Daten und Fakten als Argumentationshilfe. Eine Genderanalyse der Problemlage ist ein Instrument, um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern sichtbar zu machen. Damit wird auch dem ersten Prinzip geschlechtergerechter Entwicklungspolitik, dem *Do no harm!*-Prinzip, Rechnung getragen. Gleichzeitig muss mit einem intersektionalen Blick berücksichtigt werden, wie sich die Geschlechtsidentität in komplexen Machtkonstellationen zu anderen sozialen Zugehörigkeiten und Identitäten wie Klassen-, Herkunfts- und Religionsidentität verhält.

Um sozial auszugleichen oder umzuverteilen, ungleiche Strukturen zu beseitigen und Privilegien abzubauen, sind in einem zweiten Schritt einerseits Ansätze der positiven Diskriminierung, des *Empowerments* oder der Quotierung, andererseits auch Anstöße für Verhaltensänderungen und für einen strukturellen Umbau notwendig.

Entscheidende AkteurInnen der Kämpfe für gesellschaftspolitische Fortschritte und sozialen Ausgleich müssen die Benachteiligten, Marginalisierten, Armen selbst sein, die strukturelle Sprach-, Recht- und Machtlosigkeit überwinden wollen. Sie müssen durch Wissen, Fähigkeiten, Ressourcen und demokratische Chancen Stimme und Handlungsoptionen bekommen, um zielgerichtet ihre Geschlechterperspektive in alle Themen- und Politikfelder einzubringen, ihre Rechte

durchzusetzen und politische Rechenschaftlichkeit einfordern zu können.

Jedes Thema ist ein Frauenthema

Mit diesem Diktum forderten Frauen seit den 1980er Jahren ein Mitspracherecht bei allen gesellschaftlichen Themen ein, von der Demokratie bis zur Sicherheit, von der Wasserprivatisierung bis zur Biodiversität. Damit widersetzten sie sich der Einhegung von sogenannten Frauenthemen in Nischen ebenso wie ihrem systemischen Ausschluss aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Der Genderansatz zielt darauf, bei allen Themen und in allen Bereichen Geschlechterblindheiten und Ausschlussmechanismen offen zu legen und demgegenüber die Anrechte auf Anerkennung, Partizipation und Entscheidungsmacht als vollwertige StaatsbürgerInnen, Rechtssubjekte und ArbeiterInnen zu unterstützen. Eine geschlechtsspezifische Problem- und Bedarfsanalyse ist ein gutes Instrument zur Dekodierung eines Themenfeldes und zur Unterscheidung zwischen praktischen Bedürfnissen zur unmittelbaren Linderung oder Beseitigung eines Problems und strategischen, auf Strukturveränderung gerichteten Interessen.

Keine Politik ist geschlechtsneutral

Auf der Makro-Ebene argumentiert die Politik häufig mit Aggregaten und Abstraktionen, die alle sozialen und Geschlechterunterschiede verschlucken. Beispiele hierfür sind beispielsweise die Handelspolitik, die mit Wachstumsraten und Handelsbilanzen aufwartet oder die Klimapolitik, die die CO²-Emissionszahlen in den Vordergrund rückt. Dagegen lässt sich auf der politisch entsprechenden Mikro-Ebene des Handelns, der konkreten AkteurInnen, der Kosten und Nutzen eine Geschlechterdifferenzierung mit wenigen Schlüsselfragen durchführen.

- Wie sind Frauen und Männer durch Arbeitsteilung, unterschiedliche Zugänge zu oder Kontrolle über Ressourcen und Informationen sowie durch praktische und strategische Interessen in ein Handlungsfeld unterschiedlich involviert? Welche Genderstereotypen werden impliziert?
- Wie sind sie von politischen Maßnahmen unterschiedlich betroffen?

- Welche Interessenvertretung haben sie? Welche Entscheidungsmacht? Welche Koalitionsmöglichkeiten?

Von der Mikro-Ebene lassen sich dann Rückschlüsse darauf ziehen, wie geschlechtergerecht eine Politik ist, welche diskriminierenden und privilegierenden Implikationen sie hat und wie gleichstellungsorientiert sie ist. *Gender Budgeting* kann dabei als Analyse- und als Planungsinstrument benutzt werden.

Gleichheit reicht nicht

Geschlechtergleichheit als Überwindung von Ausschluss, Diskriminierung und Gewalt ist ein entwicklungspolitisches Ziel an sich und ein Menschen- und damit auch Frauenrecht. Geschlechtergerechtigkeit ist aber mehr. Denn es kann nicht um Gleichstellung von Frauen und Männern in der Armut gehen, sondern das Ziel muss die Überwindung der Armut für alle sein. Genderindizes, die nur Gleichstellung anzeigen, dürfen nicht genutzt werden, um allgemeine soziale Miss- und Notstände zu verschleiern, z.B. Schulbesuchs- und Schulabbruchquoten oder Arbeitslosenraten. Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit, mehr Unternehmerinnen, mehr Frauen in wirtschaftlichen Führungs- und Entscheidungspositionen sind Gleichstellungsziele. Das politische Projekt der Geschlechtergerechtigkeit muss darüber hinaus aber auf Beseitigung der Ungleichheitsstrukturen auf den Erwerbsmärkten, z.B. in der Ungleichbewertung und -bezahlung von Arbeit oder den wachsenden Eigentumsungleichheiten zielen. Das macht es notwendig, dass die Frauen- und Geschlechterpolitik politische Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen eingeht.

Vorsicht Fallen!

- Die Essentialismus-Falle: Genderanalysen wie auch geschlechterspezifische Maßnahmen unterliegen der Gefahr, dass Frauen – oder auch Männer – als homogene Gruppe gesehen werden. Genderanalysen müssen identifizieren, welche Frauen im jeweiligen Problem- und Handlungsfeld welche Gemeinsamkeiten haben, aber auch, wo aufgrund von Zugehörigkeit zu sozialen Klassen oder Kasten, Religion, ethnischer Herkunft, Alter, etc. unterschiedliche Bedürfnisse, Interessen und Identitäten bestehen. Maßnahmen müssen eine Balance finden, gemeinsame strategische Interessen zu betonen

und als Solidarisierungsgrundlage zu nutzen, gleichzeitig Differenzen unter Frauen zu akzeptieren und ihnen gerecht zu werden.

- Die Belastungsfalle: Die Integration von Frauen in die Erwerbsmärkte, in die Politik von lokaler bis zu nationaler *Governance* und in andere öffentliche Bereiche ging mit der Übernahme neuer Verantwortlichkeiten, von Mehrarbeit und Selbstverantwortung einher. Die Feminisierung der Beschäftigung, der Migration etc. bedeuten eine Flexibilisierung und Erweiterung von Frauenrollen und ein Anwachsen von Belastungen. Für ihr *Empowerment* zahlen viele Frauen einen hohen sozialen Preis. Ihre praktischen Bedürfnisse, z.B. einen Job zu bekommen, stehen dabei häufig in einem Spannungsverhältnis zu ihren strategischen Interessen, nämlich die geschlechtsspezifische Kodierung von Fähigkeiten, Berufen und Arbeit zu überwinden. Geschlechterpolitik muss beide – unmittelbare und langfristige – Interessen, im Blick haben. Der Überlastung von Frauen muss durch gezielte Maßnahmen der Veränderung der Arbeitsteilung entgegengewirkt werden, was auch die Neudefinition der gesellschaftlichen Rolle des Mannes voraussetzt.

- Die Effizienz-Falle: Es ist nichts Neues, dass Geschlechtergleichstellung für andere Ziele funktionalisiert wird. Die Weltbank stellte seit den 1970er Jahren Frauenförderung und Abbau von Diskriminierung und Barrieren in den Dienst von Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung. Frauen werden zur Effizienzsteigerung meist an das untere Ende der globalen Wertschöpfungsketten, in schlecht bezahlte, sozial ungeschützte Jobs, Selbstbeschäftigung und außerdem immer wieder in die unbezahlte Sorgearbeit verwiesen. Integration und Partizipation brechen zwar mit tradierten Gendernormen, die Frauen ausschließen, aber sie brechen nicht zwangsläufig Geschlechterstereotypen. Geschlechterpolitik muss gezielt gegensteuern, damit Geschlechterungleichheiten und soziale Ungerechtigkeiten nicht reproduziert werden.

Schlussfolgerung

Veränderungen der Geschlechterverhältnisse sind nur langsam, mühsam und nicht konfliktfrei zu erreichen, weil gesellschaftliche Machtverhältnisse und die innersten Ordnungsprinzipien des Sozialen, der Wirtschaft und der Kulturen berührt werden. Aus der Perspektive der Benachteiligten geht es immer um die beiden Ziele, Anerkennung als vollwertige StaatsbürgerInnen, Rechtssubjekte, ArbeiterInnen etc. und Umverteilung von Recht, Ressourcen und Macht. Diese politischen Ziele werden niemals ganz in einem technischen Projekt aufgehen, weil sie immer auch Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungen und Kämpfe sind. Ebenso besteht keinerlei Automatismus, mit welchen Methoden und Mitteln welche Ziele der Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden können. Entscheidend bleibt, dass eine Geschlechterperspektive in jedes Gerechtigkeitsprojekt integriert wird – von Steuer- bis zur Klimagerechtigkeit – und kontextabhängig konkrete Ziele definiert werden, um dann aus dem gut gefüllten Handwerkskasten strategische Hilfsmittel auszuwählen. Dies ist gerade in Krisensituationen dringend notwendig, um frauen- und geschlechterpolitische Stagnation oder einen *Rollback* zu verhindern. So bleibt bei allen Fortschritten der letzten Dekaden noch viel zu tun.



Über die Autorin

Dr. Christa Wichterich ist Soziologin und arbeitet als freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten und Beraterin für Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Geschlecht, Ökologie, Frauenarbeit und internationale Frauenpolitik.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Globale Politik und Entwicklung
Hiroshimastrasse 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter Referat Globale Politik und Entwicklung

Tel.: 030-269-35-7410 | Fax: 030-269-35-9246
<http://www.fes.de/GPol>